



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Menschenschutz vor Investoren

Es ist unglaublich, wie sich die Reichen über alles, was sich in Geld umwandeln lässt, hermachen. Noch unglaublicher sind Politiker, die ihnen dabei auf Kosten der Bürger, der Umwelt und der Zukunft helfen und deren Gewinne noch steuerlich unterstützen – wieder auf Kosten der Menschen und deren Ressourcen. Entweder sind sie unfassbar naiv, denkunwillig oder korrumpierbar.

Verstehen wir den Satz, mit dem ein Investor definiert wird, „Ein Investor ist eine Person, die einem Unternehmen Geld zur Verfügung stellt, um damit Gewinne zu erzielen“. Das Recht unterscheidet zwischen natürlichen und juristischen Personen. Jeder Mensch gilt als „natürliche Person“ und ist Träger von Rechten und Pflichten. Eine juristische Person entsteht im Gegensatz zu einer natürlichen Person durch einen Rechtsakt (Verein, GmbH). Die „Zeugung“ einer juristischen Person hat immer den Zweck, auf diesem Weg noch mehr Macht zu gewinnen. Es gibt damit eine rechtlich neue Form von Lebewesen, die aber nicht den Gesetzen der Natur unterliegen und versuchen, dem Rest der Welt ihre Gesetze aufzuzwingen. Das geht nur, wenn sie die rechtlichen Bedingungen, wie sie in demokratischen Rechtsstaaten existieren, mit Hilfe der Parlamente zu ihren Gunsten verändern, sie haben daher Organisationen fernab von den Menschen eingerichtet, mit denen sie die Selbstbestimmung der Bürger aushebeln, wie die EU, die sich auf Seite der Investoren stellt und Gesetze zum „Investorenschutz“ vorbereitet wie in den Handelsabkommen TTIP und NAFTA.

So wird ein eigenes von den Investoren beherrschtes Rechtssystem eingeführt. Diese Art der Konzerne sind vergleichbar mit Raubtieren, die sich ihre Beute „genussfertig“ herrichten lassen. Wir brauchen uns nicht mehr wundern, wie trotz materiellem Reichtum an Industriep plunder das Leben und die Umwelt zerstört werden. Wenn die EU das macht, was sie vorgibt, müssten die Verantwortlichen Gesetze zum Schutz der Bürger gegen die Raubtiere der Konzerne beschließen.

Dass dies nicht stattfindet, weist darauf hin, dass sich in der EU nicht nur die Unfähigsten gefunden haben, sondern auch jene, die als ehemalige oder zukünftige Konzernvertreter die Raubgier der Superreichen unterstützen, sich deren Vorstellungen zu eigen machen. Vielleicht weil sie die Arbeit „erleichtern“, die sie selbst machen müssten?



Ein Öl-Embargo wird Russland nicht schwächen, die Preise bei uns allerdings in die Höhe treiben. Wladimir Putin hat zudem mit dem Zudrehen des

Selten sind sich Gewerkschaft und Industrielle zu hundert Prozent einig. Beim Schreckgespenst eines Gas-Lieferstopps aus Russland ist es der Fall. ÖGB-Chef Wolfgang Katzian befürchtet eine „Massenarbeitslosigkeit“ als Folge eines Gas-Boikotts. Ebenso wie der Präsident der Industriellenvereinigung Wien, Christian C. Pochtler. Er warnt zudem vor einem „wirtschaftlichen Stillstand“ und „heftigen und vor allem nachhaltigen Wohlstandsverlust für ganz Österreich“.

Noch steht ein Gas-Embargo nicht ernsthaft zur Debatte. Beim Öl will die EU-Kommission aber die Leitungen „kappen“. Für Länder wie Ungarn, das 65 Prozent des Öls aus Russland bekommt, soll es Ausnahmen geben. Die G7-Staaten – die USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und Großbritannien – haben sich schon

zum Öl-Boikott verpflichtet.

Unser Land ist nicht von russischem Öl abhängig, nur knapp acht Prozent kamen im Vorjahr aus Russland. Der Großteil stammte mit 39 Prozent aus Kasachstan. Dort endeten im Jänner friedliche Proteste gegen die Regierung wegen der Erhöhung der Gaspreise gewaltsam.

Indien und China als Öl-Abnehmer

Manche Experten sehen aber auch das mit Sorge. Sie fürchten eventuelle Vergeltungsmaßnahmen. Denn eine Ölleitung aus Kasachstan zum Schwarzen Meer läuft über russisches Staatsgebiet. Von dort wird es mit Tankern nach Italien verschifft und gelangt über eine Pipeline zu uns.

Ein Öl-Boikott wird Wladimir Putin nicht schwächen. Russland profitiert vom hohen Ölpreis. Schon das angekündigte Embargo trieb den